

NPD-KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2009

Vorwort

Die Kommunalpolitik in der Region Stuttgart wurde bislang durchweg von den etablierten, „staatstragenden“ Parteien CDU, SPD, FDP, den Grünen und den „Freien Wählern“ geprägt.

Dies macht sich besonders dadurch bemerkbar, daß es nur dann Druck von „Unten“ gibt, wenn die Gefahr droht, daß die Bürger ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Ansonsten werden Vorgaben von „Oben“ meist abgenickt und durchgewunken. Der Verlust der kommunalen Selbstverwaltung, das Primat der „Wirtschaftlichkeit“, welches auf Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten gelegt wurde und welchem der Bildungsauftrag und die Daseinsfürsorge weitgehend weichen mußten: Das alles sind Dinge, die weitgehend akzeptiert worden sind.

Überhaupt hat ein Geist in unseren Kommunen, also in unserer Heimat, Einzug gehalten, der sich nicht mehr mit dem eigentlichen Auftrag der Politik deckt. Der Gestaltungsauftrag ist purem Verwaltungshandeln gewichen. Der Erhalt von Heimat, Identität, gewachsenen Strukturen und der Bürgergemeinschaft einer Region mußten einer blinden Ausrichtung auf das Ökonomische, Bedürfnissen der großen Unternehmen und die Träumereien linker Ideologen Platz machen.

Für uns Nationaldemokraten ist Kommunalpolitik nicht die bloße Verwaltung von Gebühren und Beiträgen. Nicht das blinde Gehen mit dem Geist der Zeit. Nicht die Akzeptanz von durch die derzeitige Politik hervorgerufenen Auflösungserscheinungen des Gemeinwesens wie Schulschließungen, Ausverkauf, Absterben kleiner wirtschaftlicher Einheiten und Isolation ganzer Volksschichten.

Deshalb erwarten Sie von uns Nationaldemokraten bitte nicht, daß wir im Kommunal- und Regionalparlament mit CDU, SPD, FDP und wie sie alle heißen, im Chor das Lied vom Tod unserer Heimat spielen.

Die kommunalen Gebietskörperschaften sind die kleinste Organisationsform des Staates und somit die erste Ebene der sozialen Ordnung. Wir wollen für Sie Verantwortung übernehmen. Und Verantwortung übernehmen heißt für uns der Zuwanderung von Ausländern in unsere Städte, dem Sterben kleiner Händler und Handwerker, Entleerung ländlicher Räume, dem Ausverkauf kommunalen Tafelsilbers und dem weiteren Abbau von Infrastruktur weder zuzusehen, noch dies aktiv zu fördern. Wir wollen gegensteuern.

Erwarten Sie von den etablierten Altparteien nichts mehr! Sie hatten hierzulande jetzt nunmehr 60 Jahre Zeit, um auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene bestehende Probleme zu lösen. Die Mißstände haben sich jedoch verschärft. Viele Probleme sind allerdings nur dann zu lösen, wenn auch auf Bundes- und Landesebene die richtigen Weichenstellungen erfolgen. Wir werden auch zur diesjährigen Bundestagswahl antreten und wollen 2011 auch in den baden-württembergischen Landtag einziehen, denn Veränderungen sind auf allen Ebenen notwendig.

Fangen wir vor Ort an, hier in unserer Heimatregion Stuttgart. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Bitte geben Sie uns Ihre Stimme, damit unsere Heimat eine Zukunft hat.

Salopp ausgedrückt: „**Mach's Ländle net hee, wähl NPD!**“

Kontrolle statt Kungelei

Die etablierten Altparteien wollen in erster Linie nicht wegen unserer politischen Anschauungen mit aller Macht verhindern, daß wir Nationaldemokraten Sitze in Kommunalvertretungen und Parlamenten erhalten, sondern damit sie weiter unter sich bleiben können, unter ihresgleichen in Aufsichtsräten und nichtöffentlich tagenden Ausschüssen.

Die Kontrolle staatlichen Handelns wurde den Bürgern weitgehend entzogen, einen Ein- und Überblick hat kein Bürger mehr und das ist auch gewollt.

Wir wollen die Kontrollfunktion ausüben, die Ihnen verwehrt bleibt. Denn wir können und wollen erst gar nicht in die Versuchung geraten, mit den Etablierten zu koalieren, zu kungeln und Bündnisse zu schließen. Wir werden darauf achten, was mit Ihrem Geld und Ihrem Eigentum passiert.

- **Kontrolle der „Großen“ in den Parlamenten**

Gemeinschaft und Heimat

Wir wenden uns gegen die Vereinzelung des Menschen, gegen die Auflösungserscheinungen in Familien und Gemeinschaften. Denn diese Symptome sind keine Mitbringsel des 21. Jahrhunderts, sondern Folge einer Politik, die die Menschen zu reinen Konsumenten, Humankapital und Egoisten erzieht und degradiert.

Gemeinschaftsförderung beginnt in erster Linie da, wo man zuhause ist. Hier wollen wir Nationaldemokraten ansetzen und in den Mittelpunkt sozialen, kulturellen und politischen Handelns in den Kommunen die Gemeinschaft stellen. Wir müssen neben reinen Konsumveranstaltungen wieder nichtkommerzielle Anlässe etablieren, die die Menschen zusammenführen und ein weiteres Auseinanderdriften in Klassen und Stände verhindern.

Aus diesem Grund legen wir auch besonderen Wert auf die Teilhabe finanzschwacher Bürger an Sport und Vereinen. Jedermann muß Zugang haben zum gemeinschaftlichen Leben einer Kommune. Der Vereinzelung des Menschen muß nach unserer Vorstellung von Kindesbeinen an entgegengewirkt werden. Die Kommune muß all ihren möglichen Einfluß ausschöpfen, um in Kindergarten, Hort, Schule, Jugendclub, Vereinen und bei Veranstaltungen pädagogisch im genannten Sinne einzuwirken.

- **Gemeinschaft schaffen, Heimat bewahren**

Schwaben, Württemberger und „Neigeschmeckte“

Unsere deutsche Bevölkerung schrumpft zusehends infolge des dramatischen Geburtenrückgangs der vergangenen Jahrzehnte. Baden-Württemberg ist nach Flucht und Vertreibung eine neue Heimat für Millionen Schlesier, Preußen, Pommern und Sudetendeutschen geworden, die das „Ländle“ mit aufgebaut und geprägt haben. Die Heimatverbundenheit der Schwaben, Württemberger und der „Neigeschmeckten“ spiegelt sich in der Identifikation mit der eigenen (neuen) Umgebung wieder.

Wir Nationaldemokraten wollen daher im Bereich der Bildungspolitik und der Jugendarbeit die Heimatbindung in den Mittelpunkt rücken. Heimat darf nicht mehr länger eine Worthülse sein, sondern muß wieder mit Sinn und Leben gefüllt werden. Heimat ist das, wo man zuhause ist, wo man jeden Baum und jeden Strauch kennt, wo man dieselbe Mundart hat, wo Freunde und Familie wohnen und wo man sich geborgen fühlt.

- **Stärkung des deutschen Brauchtums und kultureller Vereine**

Reform der Gewerbesteuer

Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung verkommt immer mehr zu einem reinen Papiertiger. Wir Nationaldemokraten wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Wir möchten uns dafür stark machen, die Gewerbesteuergesetzgebung zu reformieren. Großen Unternehmen und Konzernen darf es nicht länger möglich sein, Gesetzeslücken zu nutzen, um unseren Kommunen ihre Steuern vorzuenthalten, bzw. nachträglich zurückzuverlangen.

- **Gerechter, kommunaler Finanzausgleich nach dem Bedarfsprinzip**
- **Reform der Gewerbesteuer in Bezug auf große Unternehmen**

Entwicklung der Städte und Gemeinden

Kennzeichen unserer Heimat ist die Vielfalt an Ortsbildern, Handelsstrukturen und Kultur.

Hinter jedem historischen Bauwerk verbirgt sich eine andere Geschichte, Tradition und Identität. Diese Verschiedenartigkeit gilt es herauszustellen und zu erhalten. Die NPD lehnt daher die von Parteien aller Couleur betriebene Vereinheitlichung von Stadtbildern ab.

Monströse Büro- und Supermarktgebäude in historisch geprägten Ortskernen zerstören eine gewachsene Kultur und Ästhetik. Eine nationaldemokratische Stadtentwicklungspolitik sieht keine „Mustergemeinden“ vor.

Vielmehr gilt es, Vielfalt zu erhalten und für sie zu werben. Die NPD wird sich dafür einsetzen, daß dies auch in den Bebauungssatzungen, Bebauungsplänen und Baugenehmigungen der Kommunen deutlich zum Ausdruck kommt, um Kulturfeinden und Zentralisierungsfanatikern ihre Grenzen aufzuzeigen. Neben der Abweisung ortsfremder Bauten werden nationaldemokratische Kommunalpolitiker auch den regionalen Einzelhandel wieder in den Mittelpunkt rücken. Discounter und Einkaufszentren zerstören gewachsene regionale Wirtschaftsstrukturen und zeichnen ein Bild der Eintönigkeit. Regionale Wirtschaftskreisläufe haben daher Vorrang vor „importierten Handelsketten“. Des weiteren wird sich die NPD dafür einsetzen, daß die „Tore zu den Städten und Gemeinden“, die Bahnhöfe, wieder ansehnlich und attraktiv gestaltet werden. Schließlich vermitteln sie bei Reisenden den ersten Eindruck vom Ort. Schandflecke sind daher zu entfernen bzw. zu restaurieren. Dies gilt auch für abrißbedürftige Gebäude. Die NPD fordert deshalb die Ausweisung von Sanierungsgebieten in unansehnlichen Ortsteilen. Nationaldemokratische Kommunalpolitik setzt sich weiterhin für die fortlaufende Sanierung und den Schutz von Denkmälern ein. Auch sie sind ein Zeichen der Kultur, Geschichte und Identität einer Region und somit auch in der Verantwortung der Kommunen.

Dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ muß wieder Geltung verschafft werden. Ein Hemmnis für die Entwicklung von Brachflächen sind private Investoren, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Der Verkauf kommunalen Eigentums an völlig Ortsfremde, an Boden- und Immobilienspekulanten rächt sich vielerorts dadurch, daß diese bei ausbleibender Rendite weder investieren noch Auflagen beachten, gleichzeitig aber nur zu horrenden Preisen verkaufen wollen. Die Folge sind Ruinen, die ganze Stadtbilder trüben. Die Kommunen müssen diesen Vorgängen oft ohnmächtig zuschauen, weil die Besitzer nicht

reagieren oder bei Ersatzvornahmen durch die Kommune einfach nicht zahlen und die Kosten damit bei der Kommune verbleiben, was für zukünftige Zwangsmaßnahmen gegen derart renitente Eigentümer natürlich ein Hemmnis darstellt.

Wir Nationaldemokraten wollen die Rechte der Kommune stärken und mehr Mut im Umgang mit solchen Investoren wagen.

Manche Kommunen sind dazu übergegangen die Eigentümer öffentlich für den Zustand solcher Gebäude verantwortlich zu machen. Diese Vorgehensweise gilt es zu etablieren, die Samthandschuhe müssen zugunsten des Stadtbildes ausgezogen werden.

- **Stärkung der Rechte von Kommunen gegen Spekulanten und „Finanzheuschrecken“**

Regionalentwicklung und ländlicher Raum

Im Rahmen nationaldemokratischer Grundvorstellungen nimmt der ländliche Raum die zentrale Rolle innerhalb der Siedlungs- und Raumstruktur der Region Stuttgart ein. Deshalb fordert die NPD, den ländlichen Raum und die darin befindlichen Gemeinden in einem eigenständigen, regionalen Entwicklungsplan zu erfassen. Eine Leuchtturmpolitik zugunsten der Landeshauptstadt Stuttgart oder die Städte in seinem „Speckgürtel“ lehnen wir ab.

Nationaldemokratische Standpunkte sind daher:

- Die NPD richtet sich gegen die Zersiedlungstendenzen in vielen Dörfern und Gemeinden, die teilweise zum Zusammenwachsen vorher eigenständiger Ortschaften führen. Sowohl Gewerbegebiete als auch Wohnsiedlungen müssen im Rahmen bestehender Siedlungsgrenzen ausgewiesen werden!
- Die NPD lehnt eine ungezügelter Ausweisung von Flächen für neue Eigenheimsiedlungen auf der „Grünen Wiese“ ab, da derartige „Neubausiedlungen“ oftmals mit einer sozialen Entmischung bestehender Dorfstrukturen einhergehen. In diesen „neuen Dörfern“ siedeln vor allem sozial höher gestellte „Städter“ ohne Bezug zum Dorfleben, was wiederum in den Städten zu einer Ausdünnung dieser Schichten führt. Deswegen sind vorrangig bestehende, aber leerstehende Gebäude und Gehöfte zur Wohnnutzung auszuweisen!
- Zur Wiederbelebung bäuerlicher Strukturen auf den Dörfern sind für junge Menschen Anreize zu schaffen, den Hof ihrer Eltern fortzuführen und weiter zu bewirtschaften. Ähnlich wie im Bereich der Unternehmensnachfolge gewerblicher Betriebe sind auch im landwirtschaftlichen und kleinbäuerlichen Bereich Lösungen zu finden, die jungen Menschen ein Leben auf dem Lande und der heimischen Landwirtschaft den Fortbestand ermöglichen.
- Die NPD setzt sich für die Ausweisung von Wohn-Gewerbe-Mischgebieten anstatt reiner Wohngebiete in den Flächennutzungsplänen der Dörfer und Gemeinden ein. Auch in bisherigen reinen Wohngebieten soll es erlaubt sein, kleine, nicht-störende landwirtschaftliche sowie handwerkliche Betriebsstrukturen aufzubauen, um so einerseits die Bindung der Bevölkerung an die heimische Scholle wieder zu beleben und andererseits auch in bereits gebauten neuen Eigenheimsiedlungen die Entwicklung hin zu einer gesunden Mischung aus Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen, wie sie traditionell auf dem Land zu finden ist.
- In größeren Dörfern ist die Wiedereinrichtung von Dorfläden zur Grundversorgung mit Lebensmitteln und Sachen des täglichen Bedarfs durch den Landkreis und die Kommunen zu unterstützen. Diese können einerseits zur Schaffung von Absatzmärkten regionaler Produkte beitragen als auch der Förderung verloren gegangener Gemeinschaftsstrukturen zu neuem Aufbau verhelfen, da Dorfläden oftmals auch einem örtlichen Treffpunkt und einem Dorfmittelpunkt gleichkommen. In Dörfern unterhalb der besagten Einwohnergrenze kann bei Bedarf ebenfalls die Einrichtung von Dorfläden unterstützt werden, in jedem Fall jedoch ist der Ausbau eines mobilen Warenangebotes anzustreben und zu fördern. Auf die Förderung eines großflächigen Einzelhandels ist zugunsten der genannten kleinräumigen Strukturen weitgehend zu verzichten.
- Zum Aufbau eines Netzes an kleinräumigen Einzelhandelsstrukturen in Form von Dorfläden, sollten Anschubfinanzierungen für die Händler gewährleistet werden. Aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung und der damit verbundenen Abnahme von Mobilität sollten sich wohnortnahe Grundversorgungseinrichtungen schon bald auch nach ökonomischen Gesichtspunkten rentieren.
- Die NPD setzt sich für die verstärkte Errichtung von Dorfgemeinschaftszentren ein. Diese sollen als generationenübergreifende Begegnungsstätten zu einer Wiederbelebung ländlicher Traditionen beitragen. Dazu sollen in den Gemeinschaftszentren sowohl die örtlichen Vereine integriert werden, aber auch Möglichkeiten für Jugend- und Seniorentreffpunkte geschaffen werden.
- Die NPD fordert die Erhaltung bzw. den Wiederaufbau eines infrastrukturellen Grundversorgungsnetzes im Bereich des Post- und Sparkassenwesens! Hierbei ist die Integration in die aufzubauende Dorfladenstruktur anzustreben.

Umwelt, Natur und Energie

Der Kampf gegen die Zerstörung und Vergiftung von Natur und Umwelt ist unerläßliche Vorbedingung für den Schutz des Lebens. Die Jugend ist deshalb zu einer umweltfreundlichen und natürlichen Lebensführung zu bewegen. Die Umweltschutzgesetze sind strikt anzuwenden. Wo Anwohner betroffen sind, dürfen keine stark umweltbelastenden Industrieansiedlungen genehmigt werden. Ein harmonisches Nebeneinander von Land- und Forstwirtschaft zur Ernährungssicherung und Landschaftspflege mit mittelständischem Gewerbe und Fremdenverkehr in ländlichen Räumen muß angestrebt werden. Das Problem der Müll-Altdeponien kann nur durch eine partnerschaftliche Kooperation von Kommunen, Regionalverband und Landtag gelöst werden, aber nicht auf Kosten der Bürger in den betreffenden Städten und Gemeinden.

Kommunale Naturschutzpolitik bedeutet auch, daß Verkehrsführungen, Nahverkehr und Individualverkehr in einer Form beeinflußt werden, die dem umweltschonenderen Verkehrsmittel Vorrang einräumt. So werden einerseits Luft und Umgebung geschützt und andererseits unsere Städte und Gemeinden verkehrsberuhigt. Es ist nicht zielführend, die Preise für den Nahverkehr mit jeder Betriebskostensteigerung hastig anzupassen. Vielmehr muß eine kurze Durststrecke, die mit öffentlichen Mitteln überwunden werden könnte, dazu genutzt werden, den Nahverkehr attraktiv gegenüber dem Individualverkehr zu gestalten. Dies würde sich langfristig auch auf die Beförderungskosten auswirken.

Wir wollen einer weiterführenden Flächenversiegelung entgegenwirken, indem neue Naturzonen geschaffen werden, hier bspw. neue Parkanlagen.

Wir wollen den natürlichen Verlauf und die Struktur von Fließgewässern erhalten und lehnen daher Kunsteingriffe in die Natur wie Flußbegradigungen ab.

Anstatt sich immer nur über Müllbeseitigung, Vernichtung und Lagerung Gedanken zu machen, setzen wir vielmehr auf Müllvermeidung. Ein wesentlicher Baustein ist hierbei, in den Bürgern ein Bewußtsein für Natur und Heimat zu wecken. Neben weitreichender Aufklärung über Müllvermeidung und Trennung müssen die Ordnungsämter hier auch ihre Aufsichtspflicht stärker wahrnehmen und Müllsammelplätze und dergleichen stärker kontrollieren. Die Kommune darf die Müllproblematik jedoch nicht allein auf die Bürger übertragen, sondern muß bspw. auch stets dafür Sorge tragen, daß der Müll regelmäßig und zügig abgeholt wird.

Die NPD steht für eine Kommunalisierung der Energieversorgung durch Bildung einer kommunalen Netzgesellschaft, in die die Gemeinden ihr Eigentum an den Netzen einbringen. Die Netzgesellschaft hat den Netzbetrieb zu führen. Mit dem Ziel der Erzeugung von Strom unabhängig vom Gewinnstreben der Monopolisten E.ON, RWE ENBW und Co. setzen wir uns für die Errichtung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Rahmen der örtlichen Nahwärmeversorgung ein.

- **Schaffung einer staatlichen „Umwelt- und Spielplatzpolizei“. Wir wollen es sauber und sicher haben.**
- **Energieversorgung und Wasser müssen in *unserer* Hand bleiben**

Bau und Verkehr

Vierorts stehen leider schon Bausünden aus Glas und Beton direkt neben historischen Bauten, wie z.B. in der Stuttgarter Innenstadt. Die kulturelle Substanz vieler unserer Städte und Gemeinden, die nicht Opfer des alliierten Bombenterrors geworden sind, macht diese jedoch international attraktiv und für die Einwohner lebens- und liebenswert. Wir Nationaldemokraten setzen uns dafür ein, diese Substanz zu erhalten. Bau ist immer auch Kultur. Dieser Grundsatz ist vielen Kommunalverwaltungen leider abhanden gekommen.

Wir möchten ihn wieder mit Leben erfüllen und setzen in der Baupolitik auf eine Synergie aus kulturellen, naturschutzpolitischen, ästhetischen und wirtschaftlichen Grundsätzen.

Wirtschaftlich heißt für uns nicht, aus Finanzmangel auf Public-Private-Partnership umzusteigen und sämtliche Neubauten und Sanierungsmaßnahmen von Privaten erledigen zu lassen. Denn PPP heißt auch, daß der private Investor mit der Kommune einen Vertrag schließt, um die Investition durch Leasing oder Miete wieder reinzuholen. In der Natur der Dinge liegt, daß der Private verdienen will. Somit entsteht der Kommune über die langen Vertragszeiträume hinweg eine viel größere finanzielle Belastung, als wenn sie selbst oder ein kommunales Unternehmen mit eingeschränktem Gewinnstreben investiert hätten.

Die NPD setzt sich dafür ein, daß die Belastung der Bürger durch Baumaßnahmen so gering wie möglich gestaltet wird. Besonders in finanzieller Hinsicht ist zum einen darauf hinzuwirken, daß soviel als möglich Transparenz hergestellt wird und die betroffenen Bürger

so früh als möglich in das Vorhaben eingebunden werden. Mit Blick auf die Straßenausbaubeiträge ist gegenüber dem Gesetzgeber und der Landesregierung darauf hinzuwirken, daß den Kommunen die Gestaltung der Straßenausbaubeiträge im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts selbst überlassen bleibt und diese so sozial wie möglich gestaltet werden können.

Im verkehrstechnischen Bereich streben wir einen nachhaltig auf die örtlichen Situationen abgestimmten Nahverkehr an. Die oft praktizierten und verwirrenden Teilstreckenkombinationen im Nachtverkehr sind abzuschaffen und in Anbetracht einer zu erwartenden Mineralölverknappung mit steigenden Preisen sind rechtzeitig Alternativlösungen zu entwickeln. Durch gezielte Entwicklung des örtlichen Nahverkehrs sind steigende Fahrgastzahlen zu erreichen, um Fahrpreiserhöhungen entgegenzuwirken.

Es gilt den Erhalt eines flächendeckenden ÖPNV-Angebots auf Straße und Schiene zu gewährleisten. Im Regionalparlament wird die NPD daher darauf drängen, die Mittel für den ÖPNV wieder zu erhöhen, damit die Kommunen notwendige Investitionen tätigen können, betriebskostenbedingte Fahrpreiserhöhungen verhindert werden und die Wirtschaftlichkeit nicht mehr das einzige Kriterium für die Bereitstellung öffentlichen Nahverkehrs ist.

- **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Optimierung der Taktzeiten**
- **Gebührenreform im öffentlichen Personennahverkehr zugunsten des Volkes**
- **NEIN zu überbewerteten Prestigeprojekten à la „Stuttgart 21“**

Raumorientierte Volkswirtschaft

Kommunen sind in erster Linie für die weichen Standortfaktoren, wie bspw. Kultur- und Freizeitangebot, Kinderbetreuung und Bildungseinrichtungen, verantwortlich. Diese Faktoren können maßgeblich bei der Entscheidung eines Unternehmens für einen neuen Standort sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß im Rahmen eines regelmäßigen kommunalen Vergleichs das Vorhandensein und die Qualität dieser Faktoren geprüft werden. Das Ergebnis soll zur Mängelbeseitigung herangezogen werden. Ein weiteres Kriterium ist die Verwaltungsarbeit einer Kommune. Vielmals werden hier durch unnötige Bürokratie und lange Entscheidungswege Unternehmensansiedlungen und Expansionen be- oder verhindert. Wir setzen uns daher dafür ein, daß alle Kommunen eine Art „Gütesiegel“ als Auszeichnung für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung erwerben können und damit ihre Verwaltung mittelstandsorientiert gestalten.

Eine Kommune darf aber auch kein Opfer von Spekulationen, Umweltfreveln und Steuersparmodellen werden, die besonders von großen Unternehmen und Konzernen betrieben werden. Wir machen uns daher dafür stark, und erwarten dies auch von den kommunalen Delegierten bei Städte- und Landkreistagen, daß das Gewerbesteuerrecht reformiert wird, um Konzernen und Filialisten ihre Schlupflöcher zu nehmen.

Die NPD steht für eine Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene, die sich nicht einseitig an der Globalisierung orientiert bzw. sich ihren Folgeerscheinungen ergibt. Wir wollen, daß besonders regionale Wirtschaftskreisläufe belebt werden. Dies muß durch die Etablierung von Regionalmarken, die Einführung von Paybacksystemen (Regionaler Firmenverbund, der Rabatte für Kunden und im Handel unter den Unternehmen ermöglicht und somit als Anreizsystem für den Einkauf bei regionalen Anbietern dient), die Vermittlung von Geschäftskontakten auf lokaler Ebene, die besondere Förderung einheimischer Händler und Hersteller und andere Fördermaßnahmen geschehen. Anstatt immer mehr Filialisten anzusiedeln, die einen Verdrängungswettbewerb entfachen, bei dem zuallererst die kleinen einheimischen Händler zugrunde gehen, setzen wir auf Händler und Hersteller, die aufgrund ihrer regionalen Verwurzelung auch direkt Verantwortung übernehmen. Gesunde Lebensmittel durch kurze Lieferwege, mehr Gewerbesteuern durch heimische Firmen, ein Geben und Nehmen in der Heimatregion, die vorrangige Ausschöpfung regionaler Ressourcen und die Verringerung des Lieferverkehrs werden die positive Folge unserer regionalen Wirtschaftspolitik sein.

Die NPD wird auch nicht dabei zusehen, wie durch die Arbeitsagenturen leistungswillige und gut ausgebildete Fachkräfte in alle Herren Länder verschoben werden. Die NPD will, daß die Kommunen alle Einflußmöglichkeiten ausschöpfen, um die massenhafte Auslandsvermittlung einzudämmen.

Längerfristig muß an die Stelle eines virtuellen Finanzmarktkapitalismus eine von der NPD entwickelte **raumorientierte Volkswirtschaft** treten, die sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

- Existenz einer lokalen, regionalen und nationalen politischen Kontrolle der Wirtschaft durch konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips,
- Orientierung auf die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinschaft und der Gemeinde, Konzentration auf lokale erschliche und erneuerbare Ressourcen,
- Flexible Arbeitsmöglichkeiten und fließende Arbeitszeit,
- Vorrang einer vielfältig durchstrukturierten Volkswirtschaft mit einer Vielzahl an Branchen und Produktionsmöglichkeiten statt auf den Weltmarkt ausgerichteter industrieller Monokulturen,
- Reichhaltig differenziertes Angebot an Branchen und Dienstleistungen, um Wirtschaftsflauten bei einzelnen Produkten umgehen oder zumindest abschwächen zu können,
- Rückbildung der internationalen Finanzflüsse an die realwirtschaftlichen Ziele einer „nachhaltigen Entwicklung“,
- Bestreben, Importe durch in der Region erzeugte Produkte und bereitgestellte Dienstleistungen zu ersetzen,
- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die in jedem Staat die hauptsächliche ökonomische Grundlage für Beschäftigung, Ausbildung und Steuereinnahmen bilden,
- Primat einer dezentralisierten Wirtschaftspolitik und Industrialisierung, um die überproportional wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Verstädterung (Ent- und Versorgung, Umwelt, Verkehrs- und Energieprobleme, Rechtsschutz, Kriminalität usw.) zu senken,
- Förderung der Gemeinwirtschaft jenseits von Wettbewerbsimperativ und Marktkoordination beispielsweise über Selbstverwaltete warenproduzierende Genossenschaften,
- Unbedingter Erhalt raumorientierter Finanzierungssysteme wie Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Das Kapital hat der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft hat für das Volk da zu sein, nicht andersherum!

Tourismus

In unserer Region herrscht in den Tourismusverbänden keine Einigkeit und zu viel Konkurrenzdenken. Darunter leidet in erster Linie die Vermarktung von Veranstaltungen und damit das Hotel- und Gaststättengewerbe. Daher machen sich die Nationaldemokraten dafür stark, daß die Vermarktung und Tourismusförderung zentral organisiert und verwaltet wird. Regionale Verbände unter dem Dach einer zentralen Tourismusgesellschaft haben dann die Aufgabe, regionale Besonderheiten zu beachten und in die Förderung einzubeziehen. Es muß auch Schluß sein damit, daß in den Aufsichtsräten Politiker sitzen, die in erster Linie die Interessen ihres Wahlkreises vertreten oder als parteipolitische Lobbyvertreter agieren. Der Tourismus und seine Förderung ist Menschen vom Fach anzuvertrauen und keinen Lobbyisten.

Die NPD will sich dafür einsetzen, daß die Region als Ganzes vermarktet wird und somit das Dorf von der Stadt und die Stadt vom Dorf profitiert. Alle vorhandenen Potentiale müssen ausgeschöpft werden und sind nicht länger durch Verbands- und Parteigrenzen zu behindern.

Haushalt und Finanzen – Steuern und Gebühren

Die Bilanz der Altparteien wird mit jährlich höheren roten Zahlen belegt.

Ein entlastender Effekt der „etablierten Spar- und Umverteilungspolitik“ ist bis heute ausgeblieben. Sinn und Zweck ist aber durch Nachhaltigkeit für die Bürger optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Niedrige Steuern sind deshalb Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft und daher sollten die Kommunen in hohem Maß eigenständig handeln können. Entschlackung und Bürokratieabbau tragen ebenso erheblich zu effektiveren kommunalen Leistungen bei.

Rechtsvorschriften sind auf Wirtschaftsverträglichkeit und Folgekosten zu prüfen und die Bemessungsgrundlagen zu vereinheitlichen! Wir als NPD treten für einen konsolidierten, schuldentilgenden Haushalt ein und befürworten transparente Prüfungsausschüsse! Die finanzielle Handlungsfähigkeit durch wachsende Schulden ist nicht mehr gegeben. Die Sanierung der Haushalte auf Kosten unserer Lebensmittelpunkte wird strikt abgelehnt. Die NPD tritt für die Schaffung handlungsfähiger, solider und damit auch strukturell gestärkter Kommunen ein. Auch muß die Versorgungssicherheit der kommunalen Dienstleistungen gewährleistet und preislich auf die regionale Situation zugeschnitten sein. In Anbetracht der oft künstlich geschaffenen Kosten kommunaler Unternehmen sprechen wir uns für die Übernahme durch Zukauf von Anteilen oder von Gründungen eigener Unternehmen aus.

Wir stehen für eine kommunale Finanzpolitik, die nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ agiert. Das bedeutet konkret, daß von Kommune zu Kommune ein Maßnahmenbündel geschnürt wird, das langfristig Einnahmen generieren und Ausgaben mindern soll. Hierzu gehört bspw. die Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die langfristig ein höheres Gewerbesteueraufkommen ermöglichen und Arbeitsplätze schaffen und wiederum Sozialkosten senken. Auch eine Verwaltungsmodernisierung ist im Sinne der NPD, wobei hier die Losung gilt: „Nicht zuviel Staat, aber auch nicht zu wenig“. Uns Nationaldemokraten geht es um Kosteneinsparungen, Verwaltungsoptimierung und nicht um Privatisierung und Auslagerung (Outsourcing).

Wir treten dafür ein, daß in allen Kommunen ein sogenannter Bürgerhaushalt eingeführt wird, damit die Bürger in die Entscheidungsfindung und die dazugehörigen Prozesse einbezogen werden können.

Ordnung und Sicherheit

Polizei- und Ordnungsrecht ist Ländersache. Diese Kompetenz nehmen die Verantwortlichen (maßgeblich *die* CDU) im baden-württembergischen Landtag oft zum Anlaß, um Stellen zu streichen, Sparmaßnahmen einzuleiten und Sicherheit zur Privatsache zu machen. Die Kommunen und Kreise in unserer Region überläßt man sich selbst. Jene verantwortungslose Spar- und Kürzungspolitik der Landesregierung zwingt Städte und Gemeinden, welche durch weniger Personal die öffentliche Sicherheit in Gefahr sehen, dazu, daß sie private Sicherheitskräfte beschäftigen müssen. Doch viele können und wollen sich solche Ordnungshüter nicht leisten. Wir Nationaldemokraten stehen ebenfalls grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht in die Hände Privater gelegt werden darf. Das Gewaltmonopol des Staates soll Staatssache bleiben. Die Kommunen und Landkreise sind dennoch keineswegs machtlos. In Bezug auf Kriminalitätsbrennpunkte können diese auf die Polizei Druck ausüben, um sie zu einer verstärkten Präsenz an diesen Orten zu bewegen.

Die NPD wird daher keinen rechtsfreien Raum dulden. Nationaldemokratische Kommunalpolitiker werden sich dafür stark machen, daß Sicherheit und Ordnung jederzeit an jedem Ort in der Region garantiert wird. Dazu gehören die unnachsichtige Bekämpfung von Graffiti, ein Alkoholverbot an stark frequentierten öffentlichen Plätzen und der Druck auf die Landesregierung zur Bereitstellung von mehr Polizisten. Die NPD stellt sich somit gegen die etablierten Parteien wie die CDU, welche Einsparungen an Polizeikräften durchsetzt, die SPD, Grünen und Linken, welche Drogen legalisieren wollen, in Multi-Kulti keine Gefahr sehen und Graffiti-Schmierereien hoffähig machen oder die FDP, die am liebsten alles privatisieren möchte – auch die öffentliche Sicherheit.

Grundsätzlich wendet sich die NPD auch gegen den zunehmenden Mißbrauch unserer Polizei für politische Zwecke. Diese Zeiten sollten ein für allemal vorbei sein.

- **Sicherheit, Recht und Ordnung – immer und überall**
- **Einstellung weiterer Polizeieinheiten zur Schaffung eines weit verzweigten Sicherheitsdienstes im öffentlichen Personennahverkehr. Damit „Opa“ auch nachts noch sicher S-Bahn fahren kann!**

Kultur und Vereine

Kultur ist des Volkes Antlitz. Aus ihr prägen sich Tradition, Sprache und Identität. Die NPD in der Region Stuttgart tritt deshalb für eine aktive Kulturpolitik ein. Dem durch die etablierte Politik preisgegebenen Verfall der heimatlichen Kulturdenkmäler setzen wir die oft notwendige Instandsetzung als aufbauendes und die Pflege als behütendes Mittel entgegen. Umso engagierter treten wir für den Erhalt des kulturellen und geschichtlichen Erbes unserer Heimat ein. Den wirtschaftlich orientierten Kulturverwaltungen müssen Grenzen gesetzt werden, denn unsere deutsche Kultur ist kein Wirtschaftsgut! Nicht Gewinnerorientierung, Profitgier und Effizienzdenken zeichnen eine fortschrittliche nationale Kulturpolitik aus, sondern der Erhalt und die Überlieferung unserer kulturellen Reichtümer. Die traditionellen

bodenständigen Vereine, gerade auch im Kinder- und Jugendbereich, bilden die Grundlage des heimatlichen Verstehens für die nachwachsenden Generationen. Aus ihnen bilden sich die für nationale Verankerung so wichtigen historisch gewachsenen Kulturlandschaften. Die NPD fordert daher nicht nur die regional verwurzelten Vereine als kulturelle Gemeinschaften finanziell zu stützen, auch andere kulturelle Einrichtungen wie Museen und Theater, Volkshochschulen, Kurhäuser und Bibliotheken müssen angemessen gefördert werden!

- **Keine Förderung von Parallelgesellschaften.**
- **Kein staatliches Geld, kein Bauland und keine staatlichen Gebäude an nichtdeutsche Vereine mehr!**

Bildung und Schulen

Bildungsmöglichkeiten, allen voran die Schulen, stellen einen Grundpfeiler des sozialen Gemeinschaftswesens in unseren Städten und Dörfern dar. Diese Bildungsmöglichkeiten müssen daher für alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos und unabhängig jeder kapital- und marktorientierten Denkweise zur Verfügung stehen. Ein kapitalistischer Wettstreit zwischen den Schulen oder anderen Bildungsangeboten wirkt sich auf Lehrer und Schüler hemmend aus und muß zugunsten eines allgemein hohen Schulniveaus verhindert werden.

Daher fordert die NPD:

- Schulschließungen stoppen! Die Schulentwicklungspläne sind unter Berücksichtigung der Erfordernisse vor allem des ländlichen Raums zu ändern und anzupassen. Besonders kleinere Schulstandorte sollen einer besonderen Förderung unterliegen, um die Schaffung von riesigen Schulzentren als reine „Lern- und Verwahranstalten“ zu verhindern!
- Erhaltung wohnortnaher Schulen und schulnaher Einzugsgebiete! Ein flächendeckendes Schulnetz auch im ländlichen Raum trägt durch mehr Freizeit zu größeren außerschulischen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kinder bei und wirkt dem Trend hin zu Ganztagschulen entgegen.
- Einführung einer festgeschriebenen Höchstbeförderungszeit von 25 Minuten für Grundschulen sowie 45 Minuten für die Mittel- und Oberstufe für alle Schulwege in der Region! Die Schulnetzplanung ist daraufhin anzupassen. Die Beförderungsinfrastruktur mittels Schulbus ist nach den Erfordernissen der Schulen auszubauen.
- Privatisierung des Bildungswesens stoppen! Die Förderung des staatlichen Schulnetzes muß absoluten Vorrang vor den Schulen in privater Trägerschaft haben. Die Förderung von Privatschulen ist kein Ausweg aus der Bildungsmisere.
- Fastfood und andere ungesunde Ernährungsweisen müssen aus der Schulspeisung und den integrierten Cafeterien verbannt werden! Dasselbe gilt für Süßwarenautomaten, damit der zunehmenden Fettleibigkeit von Kindern entgegengewirkt wird. Hierzu soll die Schulspeisung durch einen kommunalen Eigenbetrieb gewährleistet werden. Die Praxis, daß Schulspeisung von Cateringfirmen oftmals über weite Strecken konserviert an unsere Schulen transportiert wird, muß beendet werden. Wir wollen, daß unsere Kinder frisches Essen bekommen.
- Die Schaffung und Erhaltung umfassender Bildungsangebote für alle Bürger!
- Angebote wie Volkshochschulkurse, Musikschulen und öffentliche Bibliotheken sollen verstärkt auch für den ländlichen Raum geschaffen werden.
- Die NPD fordert die Gleichwertigkeit der ländlichen mit städtischen Bildungseinrichtungen.
- Desweiteren sollten diese Bildungseinrichtungen ohne große Umwege für die Kinder erreichbar sein.
- Die NPD will verkehrsberuhigte Bereiche um Schulen und Kindergärten schaffen und kontrollieren lassen.
- Schluß mit dem Millionenprojekt „Islamunterricht“ im Ländle!

Soziales

Soziale Einschnitte, die auf Land, Bund oder die bevormundende EU zurückzuführen sind, können durch die Kommunen nicht verhindert, wohl aber gelindert werden. Deshalb muß in den Kommunen das Recht auf einen Sozialpaß (Ausweis der Bedürftige berechtigt, öffentliche Dienstleistungen wie Nahverkehr, Eintritte in Museen oder Freizeiteinrichtungen u.a. vergünstigt zu nutzen) verankert werden. Die Transparenz muß dabei im Vordergrund stehen.

Die NPD als entschiedener Gegner der Hartz-Gesetze will verhindern, daß Leistungsempfänger durch die Kommune zu 1-Euro-Sklaven gemacht werden. Vielmehr befürworten wir das Modell „Bürgerarbeit“, wodurch sich die Betroffenen durch die damit verbundene Sozialversicherungspflicht neue Ansprüche erarbeiten. Auch aus Sicht kleiner Unternehmen und besonders der Handwerker können die 1-Euro-Jobs nur schädlich sein, weil darüber oftmals Arbeiten ausgeführt werden, die örtliche Unternehmen auch tätigen können.

Für die NPD ist die Optionskommune, d.h. die eigenständige Betreuung und Vermittlung von ALG-II-Empfängern, das richtige Modell, um eine auf die regionalen Begebenheiten zugeschnittene Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen zu gewährleisten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß dieses Modell flächendeckend zum Tragen kommt. Auch um unnötige und kostenintensive Kurse, Auslandsvermittlungen und die Verschiebung von Arbeitskräften in andere Bundesländer einzudämmen, ist die Übertragung der ALG-II Empfängerbetreuung in kommunale Hand sinnvoll.

Die NPD steht darüber hinaus auf dem Standpunkt, daß das Heim- und Pflegewesen, überall wo dies noch Realität ist, in öffentlicher Hand verbleibt. Privates Gewinnstreben führt dazu, daß das Wohl des Menschen ins Hintertreffen gerät. Die

Alten und Schwachen, die so schon mit der Amerikanisierung des deutschen Gesundheitssystems und dem Leben in einem Heim zu kämpfen haben, dürfen nicht noch zusätzlich Opfer privater Renditejäger werden.

Zur Sozialpolitik gehört für uns auch, daß in unserer Region die öffentliche Daseinsfürsorge flächendeckend gewährleistet ist. Hierzu gehören für uns Nationaldemokraten insbesondere das Vorhandensein von Ärzten und eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

- Wir fordern eine einheitliche Ärztevergütung, gut konditionierte Startkredite für deutsche Mediziner, wenn diese hier eine Praxis eröffnen wollen, Zusatzzahlungen für Praxiseröffnungen in unterversorgten Gemeinden und eine Entlastung von unnötiger Bürokratie.
- Die kommunalen Beiräte sind so zu gestalten, daß benachteiligte Gesellschaftsteile oder Problemgruppen besondere Berücksichtigung finden.
- Wir wollen, daß Drogenbeiräte in Problemregionen gebildet werden, Seniorenbeiräte in alternden Städten und Jugendbeiräte überall.
- Die NPD fordert die Schaffung von Hilfsmaßnahmen für umzugswillige Familien. Hierzu sollten neben der Hilfe bei der Haus- und Wohnungssuche auch Hilfsleistungen beim Umzug stehen.
- Dort, wo dies noch nicht der Fall ist, werden wir uns dafür einsetzen, daß die Arbeitsagenturen bereits bei der Geburt des Kindes der Familie ihren hierfür angemessenen Wohnraum bezahlen müssen.

Familie

Für die NPD ist die Familie kein althergebrachtes Auslaufmodell, sondern die Keimzelle jeder Gemeinschaft und das erstrebenswerte Modell von Zusammenleben. Sie muß in den Mittelpunkt kommunaler Sozialpolitik gerückt werden. Das bedeutet für uns Nationaldemokraten, daß angefangen von den Unterkunftsrichtlinien für ALG-II-Empfänger bis hin zu Eintrittspreisen kommunaler Freizeit- und Kultureinrichtungen die Familien besonders berücksichtigt und gefördert werden.

Zu oft hat die Kommunalpolitik auch zugesehen, wie vor ihren Augen Kinder verwaarlosten und leiden. Die Jugendämter müssen endlich effizienter arbeiten und frühzeitiger mit rechtlich zulässigen Zwangsmaßnahmen arbeiten dürfen. Besonders die Kooperation der Jugendämter über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg muß verbessert werden, für die Sicherheit und das Wohl der Kinder gearbeitet werden kann.

Die Sicherheit der Kinder ist der NPD ein besonderes Anliegen. Wir treten dafür ein, daß allen Kindern beim Schülertransport ein Sitzplatz zur Verfügung steht. Spielplätze sind nicht nur ständig intakt zu halten, sondern immer wieder auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen.

Auch die zusätzliche Schaffung von Spielplätzen ist Ziel nationaler Familienpolitik sein.

Auf allen Ebenen wird sich die NPD dafür einsetzen, daß die Mittelstreichungen (Ausstattungskosten, Personalschlüssel) für die Kinderbetreuung rückgängig gemacht werden. Es ist unter gegenwärtigen Bedingungen nicht sichergestellt, daß die Kinder richtig und intensiv betreut werden. Ein Kindergarten oder eine Krippe sind aber keine Verwahranstalten, sondern sollten Stätten frühkindlicher Bildung, Geborgenheit und gesunder Sozialisation sein. Die NPD lehnt die weitere Privatisierung des Kindertagesstättenwesens ab und fordert, daß trotz schwieriger finanzieller Bedingungen so viele Kindertagesstätten wie möglich in kommunaler Hand verbleiben. Denn mit der Privatisierung schwinden auch die Einfluß- und Steuerungsmöglichkeiten.

- **Vernünftige Sanierung der Kindergärten und unserer Spielplätze.**
- **Mehr kostenlose Freizeitangebote für Eltern und ihre Kinder.**

Jugend

Junge Menschen brauchen Freiräume und diese sind zu gewährleisten. Sparmaßnahmen in Gemeinden und Kreisen dürfen nicht jene treffen, die ohnehin aufgrund fehlender Freizeitangebote verunsichert und perspektivlos sind. Auf kommunaler Ebene setzt sich die NPD dafür ein, daß Jugendclubs eröffnet bzw. erhalten bleiben. Die NPD fordert deshalb, daß seitens der Kommunen ausreichend Angebote und Initiativen, wie selbstverwaltete Jugendfeste (Turniere, Wettbewerbe, Talentveranstaltungen in Eigenregie), Ausflüge und regionale Mitbestimmung, gefördert und ausgebaut werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß durch das Land oder finanziell gut ausgestattete Kommunen und Kreise darauf hingearbeitet wird, daß Jugendarbeiter nicht mehr länger für mehrere Clubs zuständig sind, sondern sich intensiv um ein Gebiet kümmern können. Die Öffnungszeiten der Jugendclubs sind auszubauen. Viel zu oft sitzen unsere Jugendlichen trotz Vorhandensein von Jugendeinrichtungen auf der Straße, weil diese zu früh schließen oder nicht an allen Tagen geöffnet haben.

Die NPD setzt sich für eine aktivere Einbindung junger Menschen in das Geschehen vor Ort ein. Der Politikverdrossenheit und der gefühlten Ohnmacht, wonach man ohnehin nirgends eingreifen und etwas verändern könne, kann und muß durch die Bildung von Jugendparlamenten und Jugendbeiräten mit den notwendigen Kompetenzen begegnet werden. In diesen können die Jugendlichen ihre Sorgen und Nöte artikulieren und diese unmittelbar mit den kommunalpolitischen Hauptakteuren umsetzen.

Auch der Kampf gegen Drogen, Jugendkriminalität und Graffiti muß weiter forciert werden. Die Kommunen sind hier nicht so machtlos, wie sie sich gerne aus Angst vor eigener Verantwortung geben. Anstatt Ausländerbeiräte zu bilden und multikulturelle Steuergeldverschwendungsprogramme wie „Vielfalt tut gut“ zu unterstützen, sollten besonders in den Städten Drogenbeiräte gebildet werden. Denn nach Auffassung der NPD müssen wir in den Kommunen beginnen, die

Öffentlichkeit, Eltern und Jugendliche für dieses Problem zu sensibilisieren. In Stuttgart und seiner Umgebung existiert zwar (noch) keine offene Drogenszene wie bspw. in Frankfurt am Main, doch hier grassieren harte Drogen in großem Umfang.

Auch das „geplante Komasaufen aus Langeweile“ gehört aus unserer Gesellschaft verbannt.

Die NPD will sich auch auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, daß die Prioritäten vom sogenannten „Kampf gegen Rechts“ hin auf die Bekämpfung von Drogenkonsum verlagert werden. Hand in Hand mit der Polizei müssen einerseits Aufklärung und andererseits Einsatzschwerpunkte an Brennpunkten festgelegt werden. In Bezug auf die zunehmende Graffiti-Kriminalität steht die NPD für eine Politik der „Null Toleranz“. Graffiti-Wettbewerbe oder die Bereitstellung beschmierbarer Wände und Gebäude darf es nicht mehr geben, denn hier wird diese Form des Vandalismus nur noch hoffähig gemacht. Es hat sich zudem erwiesen, daß durch Belohnungen für die Suche nach Graffiti-Schmierern die Aufklärung erleichtert wird. Hierfür wollen wir Nationaldemokraten die notwendigen Mittel in den kommunalen Haushalten bereitstellen.

Wir Nationaldemokraten sind nicht ohne Grund eine Partei der Jugend. Wir bieten der Jugend eine Perspektive, die Heimat und Zukunft heißt. Eine Stimme für die NPD ist eine Stimme für die Jugend. Unsere Heimat darf nicht noch mehr überaltern!

Ausländer, Integration, Fremde Truppen

Unsere Region verliert immer mehr den Charakter eines orientalischen Landes. Dies gilt es aufzuhalten.

Anders als das etablierte Altparteienkartell setzt die NPD nicht auf Integration und mehr Zuwanderung. Wir wollen, daß die hierher gekommenden Ausländer ihre Sprache und Kultur behalten und wir wollen nicht, daß unsere Städte und Gemeinden Experimentierfelder blinder und fanatischer Einwanderungsextremisten bleiben.

Wir kennen die Folge von Masseneinwanderung, Integrationsbemühungen und der mit Zuwanderung unweigerlich verbundenen Ghettoisierung und Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten zur Genüge.

Die NPD wird deshalb alle Versuche auf kommunaler Ebene, Einwanderung und grenzenlose und blinde Toleranz hoffähig zu machen, ablehnen.

Die NPD lehnt die Bildung von Ausländerbeiräten ab, weil es zum einen wichtigere Probleme gibt, für die Beiräte gebildet werden müßten und sich zum anderen für solche Experimente nur einige wenige Vorzeigausländer auftreiben lassen, aber die Mehrheit der Einwanderer an einer Mitarbeit im kommunalen Bereich kein Interesse hat. Derartige überflüssige Beiräte schaffen erst Probleme.

Die NPD lehnt zusätzliche und von den Kommunen finanzierte Integrationsmaßnahmen wie Kurse, Veranstaltungen und dergleichen entschieden ab. Auch eine interkulturelle Woche, wie sie mittlerweile fast von jeder Kommune und fast ohne Beteiligung der meist integrationsunwilligen und -unfähigen Ausländer durchgeführt wird, ist aus unserer Sicht überflüssig. Integrieren wir lieber die eigenen Landsleute, die durch die etablierte Politik ins Abseits gedrängt wurden!

Die NPD lehnt die massenhafte Genehmigung von ausländischen Restaurants und Imbissen ab. Wir sind nicht grundsätzlich gegen solche Einrichtungen, begrüßen sogar ein internationales Speiseangebot in unseren Städten, aber wir beobachten, daß solche Einrichtungen Überhand nehmen und die einheimische Esskultur und damit deutsche Arbeitsplätze und Gastronomie mehr und mehr verdrängen.

„Integrationszuschüsse“ für Dönerbuden werden von der NPD strikt abgelehnt.

In Stuttgart und Böblingen stehen auch 19 Jahre nach der Wiedervereinigung noch US-amerikanische Kasernen, unter anderem sogar die Europa-Zentrale für alle Aktivitäten der US-Streitkräfte. Im „Falle des Falles“ wären wir in der Region als erstes von einem Militärschlag betroffen. Und: Laut UN-Charta ist Deutschland immer noch als „Feindstaat“ anzusehen, da kein rechtsgültiger Friedensvertrag zwischen den Siegermächten des 2. Weltkriegs und Deutschland besteht, sondern praktisch gesehen, nur ein „Waffenstillstand“!

Die NPD fordert daher den Rückzug aller US-Streitkräfte und die Rückgabe der Kasernen an das deutsche Volk. Damit wir endlich in Ruhe und Frieden leben können.

Kurzum: Unsere Region muß wieder deutsch werden. Diesem Grundsatz hat sich nach nationaldemokratischer Auffassung auch die Kommunalpolitik zu unterwerfen. Sorgen wir dafür, daß unsere Kinder und Enkel dort aufwachsen, wo auch wir aufgewachsen sind: **In einem deutschen Heimatland!**